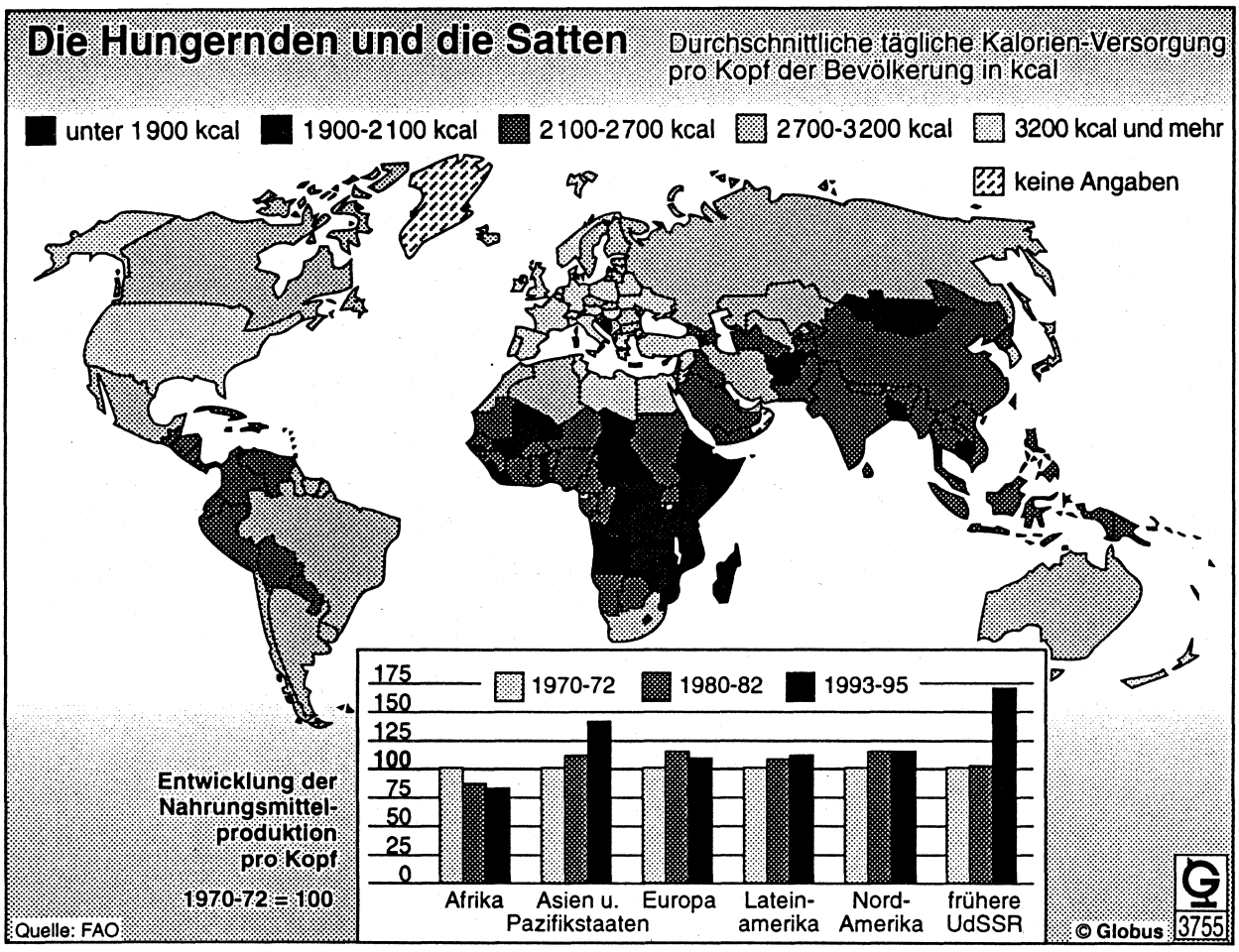
Kampf der Satten um die Märkte

Eine Kunst beherrschen die Mächtigen dieser Erde ausgezeichnet: Sie verbinden jede Diskussion über existenzielle Probleme der Menschheit mit vordergründigen Geschäftsinteressen. Diese Kunst werden sie wohl auch auf der *Welternährungskonferenz* vom 13. bis 17. November in Rom wieder unter Beweis stellen. Offiziell geht es dabei zwar um Strategien gegen Hunger - tatsächlich dürfte jedoch vor allem über den freien Welthandel geredet werden. Beides hat nicht unbedingt etwas miteinander zu tun.

Seit Jahren sind die Ursachen für die Unterernährung von weltweit 800 Millionen Menschen und mögliche Strategien gegen Hunger bekannt. Doch die meisten Eliten dieser Welt scheinen aus diesen Analysen nichts gelernt zu haben - oder nichts lernen zu wollen. In ihren bisherigen Stellungnahmen zum Ernährungsgipfel setzen die Regierungen der Industrie-, aber auch der Schwellenländer wie Südkorea auf die Steigerung der Nahrungsmittelproduktion mit möglichst allen Mitteln und auf den freien Welthandel. Insbesondere die US-Regierung, aber auch Australien, Neuseeland und Kanada wollen ihren großen Nahrungsmittelkonzernen und Agrarfabriken den ungehinderten Zugang zu den Märkten aller Länder eröffnen. Ihre Gegenspieler sind Japan und die Europäische Union, die ihre Nahrungsmittelmärkte gegen ausländische Importe abschotten. Gegner eines freien Agrarandels sind auch die armen Entwicklungsländer, die selbst nicht exportieren können, aber eine Flut von Importen fürchten. Statt jedoch deren Probleme zu diskutieren, droht die Weltversammlung gegen den Hunger zu einem Kampf der Satten um Marktanteile zu werden.

Da ist es nur gut, daß auch diese UNO-Konferenz wieder von engagierten Nicht-Regierungs-Organisationen (NGO) begleitet wird. «Global ist Hunger ein Verteilungs- und kein Produktionsproblem», sagt zum Beispiel Hans-Otto Hahn, Direktor des evangelischen Hilfswerkes *Brot für die Welt* an die Adresse der Industriestaaten. Denn: «Es stünden pro Kopf und Tag circa 2700 Kalorien zur Verfügung, gemessen an den derzeitigen Produktionsmengen. Das wäre mehr als genug, da zum Beispiel 2400 Kalorien für Nordamerikaner als ausreichend gelten.» Insofern ist die ausreichende Ernährung für alle Bewohner der Erde weniger eine Frage der Produktionssteigerung als vielmehr eine der gerechten Verteilung. Daß diese gerechte Verteilung der Nahrungsmitel nicht zustande kommt, das führen Entwicklungsexperten auf mehrere Ursachen zurück.



In vielen Ländern der Dritten Welt wächst die Zahl der Kleinbauern ohne Land, weil sie von Großgrundbesitzern vertrieben werden oder weil sie von ihren Eltern zuwenig Land geerbt haben, um davon leben zu können. Diese Kleinbauern ziehen in die großen Städte, wo sie nicht genug verdienen, um Nahrungsmittel zu kaufen. Hunderte Millionen Menschen sind einfach zu arm, um sich zu ernähren.

Viele Regierungen des Südens fördern in erster Linie Großplantagen, die für den Export produzieren. Der Grund: Früchte für die Supermärkte des Nordens bringen Devisen, Hirse, Mais und andere Nahrungsmittel für die lokale Bevölkerung nicht. Zwar verdrängt die Exportlandwirtschaft nicht immer den lokalen Anbau, doch frißt sie die meisten Finanzmittel des Staates, so daß für die Förderung des Eigenanbaus für die Bevölkerung nichts mehr übrigbleibt.

Ein Teil der Nahrungsmittel aus dem Süden dient als Viehfutter in den Staaten des Nordens. 40 Prozent des Weltgetreides, knapp die Hälfte der Fischfänge, 60 bis 70 Prozent der Ölsaaten und etwa ein Drittel aller Milchprodukte wandern durch die Mägen von Kühen und Schweinen. Bei dieser «Veredelung» von Nahrungsmitteln sind durchschnittlich zehn Kalorien Getreide notwendig, um eine Kalorie Rindfleisch zu produzieren. Dadurch entziehen die Reichen im Norden den Armen im Süden Nahrungsmittel.

Gleichzeitig verschärft der Nahrungsmittelüberschuß im Norden den Nahrungsmittelmangel im Süden. Denn: Die Europäische Union bietet ihre überschüssigen Nahrungsmittel regelmäßig zu subventionierten Niedrigstpreisen auf dem Weltmarkt an. Da diese Preise unter den Herstellungskosten vieler Agrarproduzenten in der Dritten Welt liegen, bedrohen die EU-Lieferungen den Eigenanbau in diesen Ländern.

Diese Erklärungen für den weltweiten Hunger werden bei der Welternährungskonferenz allerdings keine große Rolle spielen. Den Anhängern der Freihandels-Philosophie paßt jene Analyse weit besser in ihr Weltbild, die einen Mangel an Nahrungsmitteln diagnostiziert, den es durch zusätzliche Angebote der Nahrungsmittelkonzerne zu befriedigen gilt. So dürfte es auch in Rom den Nicht-Regierungs-Organisationen vorbehalten bleiben, die wirklich wegweisenden Vorschläge zur Lösung des Hungerproblems zu propagieren. (...)

Die NGOs gehen davon aus, daß das Hungerproblem ohne weitreichende Hilfe für die Kleinbauern in der Dritten Welt nicht zu lösen sein wird. «Es sind gerade die Bäuerinnen und Bauern in den Ländern des Südens, die oft unter schwierigen ökologischen, sozialen und wirtschaftliche Bedingungen das Überleben auf dem Lande wie auch in ausufernden Städten sicherstellen», sagt Hans-Otto Hahn. Deshalb «gilt es,

Fortsetzung Seite 41

Fortsetzung von Seite 16

diese Bäuerinnen und Bauern zu unterstützen». Notwendig seien Kredit- und Beratungsprogramme für Kleinbauern. Mittelfristig steht und fällt die Rolle der Kleinbauern in vielen Ländern der Dritten Welt jedoch mit einer Landreform, die auch brachliegende Teile von Großplantagen an Bauern vergibt, so daß diese sich selbst und ihre unmittelbare Umgebung ernähren können.

Einig sind sich die NGOs auch in ihrer Forderung nach einer Abschottung der Märkte im Süden gegen billige, weil subventionierte Nahrungsmittel aus dem Norden. Diese Forderung steht, obwohl berechtigt, in direktem Gegensatz zu den Interessen vieler Industriestaaten, die aus der geplanten «Erklärung von Rom» ein Plädoyer für den Freihandel machen wollen.

Gleichzeitg verlangen die NGOs, daß die landwirtschaftliche Produktion im reichen Norden ökologisch umgestellt wird. Für die Katholische Landjugendbewegung steht fest, daß «auch unser Verhalten als Verbraucher in einem Industrieland mitentscheidet, ob die weltweit angebauten Nahrungsmittel gerecht verteilt werden. Ein geringerer Fleischkonsum kann mehr Getreide als Nahrung für Menschen verfügbar machen.»

Die Frage, ob sich die NGOs mit diesen politisch unbequemen Forderungen auf der Konferenz Gehör verschaffen können, beantwortet Hans-Otto Hahn eher pessimistisch: «Die Lektüre der vorliegenden offiziellen Dokumente für den Gipfel läßt den Schluß zu, daß die Veranstaltung in Rom nicht über allgemeine politische Absichtserklärungen hinauskommen wird.» Um so bedeutsamer ist es deshalb aus seiner Sicht, daß kirchliche und andere Nicht-Regierungs-Organisationen möglichst laut die richtigen Fragen stellen und darauf die passenden Antworten geben.

Wolfgang Kessler

in: Publik-Forum Nr. 21, 8. Nov. 1996